



Bericht der Wintersession 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Auch dieses Jahr wurde die Wintersession von den finanzpolitischen Debatten geprägt. Aus Sicht des Bereichs Bildung, Forschung und Innovation gab es trotz der angespannten Finanzlage des Bundes erfreuliche Nachrichten. Der Ständerat beschloss im Rahmen der Behandlung des Entlastungspakets 27 für den Bundeshaushalt gezielte Korrekturen bei den vom Bundesrat geplanten Gesetzesänderungen und Mittelkürzungen im BFI-Bereich. Damit ist eine solide Grundlage für die Beratungen im Nationalrat gelegt. Ausserdem verabschiedeten die eidgenössischen Räte das Budget 2026 im Einklang mit den Beschlüssen in der BFI-Botschaft 2025-2028.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre und frohe Festtage.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Entlastungspaket 27: Ständerat beschliesst gezielte Korrekturen im BFI-Bereich

Der Ständerat hat sich in der Wintersession als Erstrat mit dem Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP27) des Bundesrates befasst ([25.063](#)). Die kleine Kammer reduzierte das Entlastungsvolumen der ursprünglich vom Bundesrat vorgeschlagenen 59 Massnahmen von rund 2,4 bis 3,1 Milliarden Franken auf etwa 1,4 bis 2,1 Milliarden Franken pro Jahr. Diese Korrekturen betreffen zu einem signifikanten Teil auch den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich).

Im Rahmen des EP27 schlägt der Bundesrat eine **Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen** durch eine **Reduktion seiner Grundbeiträge** im Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) auf höchstens 18,4 Prozent bei den kantonalen Universitäten und höchstens 27 Prozent bei den Fachhochschulen vor. Mit 29 zu 15 Stimmen lehnte der Ständerat diesen Vorschlag zugunsten des Mehrheitsantrags der Finanzkommission des Ständerates

(FK-S) ab. Dieser ergänzt die im Artikel 50 HFKG festgelegten Beitragssätze von 20 bzw. 30 Prozent um den Begriff «höchstens». Zudem wird die vom Bundesrat im Finanzplan 2027-2029 vorgesehene Kürzung um jährlich 120 Millionen Franken auf 60 Millionen Franken pro Jahr halbiert. Die kantonalen Universitäten und die Fachhochschulen sind von dieser Sparmassnahme zu gleichen Teilen mit 30 Millionen Franken betroffen. Die kleine Kammer lehnte einen Minderheitsantrag der FK-S, der gänzlich auf eine Gesetzesänderung und eine Kürzung verzichten wollte, mit 32 zu 12 Stimmen ab.

Im Bereich der kantonalen Hochschulen sieht das EP27 zudem einen **Verzicht auf die projektgebundenen Beiträge** (PgB), mit Ausnahme der in den Jahren 2027 bis 2029 geplanten 11,5 Millionen Franken zur Umsetzung der Pflegeinitiative, sowie die gänzliche Streichung dieses Instruments aus dem HFKG vor. Mit einer knappen Mehrheit von 21 zu 20 Stimmen unterstützte die kleine Kammer den Mehrheitsantrag der FK-S zur Kürzung der Mittel gemäss Vorlage des Bundesrates. Im Gegensatz dazu lehnte der Ständerat eine Streichung der PgB aus dem HFKG mit 40 zu 2 Stimmen deutlich ab.

Die im EP27 geplante Massnahme zur **Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich** sieht eine **Kürzung des Finanzierungsbeitrags des Bundes** im Finanzplan 2027-2029 um 78 Millionen Franken pro Jahr vor. Mit 25 zu 19 Stimmen folgte der Ständerat einem Antrag der Mehrheit der FK-S, womit die im Finanzplan beantragte Kürzung im Jahr 2027 um rund 67 Millionen Franken reduziert wird. Ausserdem lehnte die kleine Kammer mit 31 zu 13 Stimmen einen Minderheitsantrag ab, der gänzlich auf die Sparmassnahme verzichten wollte.

Bei den Organisationen der **Forschungs- und Innovationsförderung** plant der Bundesrat im EP27 je eine Kürzung der Bundesbeiträge um 10 Prozent. Bei der Kürzung des Bundesbeitrags für den **Schweizerischen Nationalfonds (SNF)** wurde er dabei von der Mehrheit der FK-S unterstützt. Das Ständeratsplenum schloss sich jedoch mit 22 zu 20 Stimmen einer Minderheit der FK-S an, die vorschlug, die vom Bundesrat vorgeschlagene Budgetkürzung auf 5 Prozent zu halbieren. Konkret soll die Kürzung im Jahr 2027 von 131 Millionen auf 65 Millionen Franken und in den Jahren 2028 und 2029 von 139 Millionen auf 70 Millionen Franken reduziert werden. Im Gegenzug lehnte die kleine Kammer mit 31 zu 12 Stimmen eine Minderheit ab, die gänzlich auf diese Entlastungsmassnahme verzichten wollte. Bei **Innosuisse** schlägt der Bundesrat zuzüglich zur Kürzung des Bundesbeitrags eine Änderung des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIFG) vor, welche die kürzlich vom Parlament beschlossene Revision hinfällig machen würde. Der Ständerat folgte mit 28 zu 15 Stimmen dem Mehrheitsantrag der FK-S. Dieser fordert einen Verzicht auf die vom Bundesrat vorgeschlagene Gesetzesänderung sowie die Halbierung der im Finanzplan geplanten Kürzung von 10 Prozent auf 5 Prozent. Damit wird die Kürzung im Jahr 2027 von 32 Millionen auf 16 Millionen Franken und in den Jahren 2028 und 2029 von 33 Millionen auf 16,5 Millionen Franken reduziert. Die kleine Kammer lehnte eine Minderheit, welche die Massnahme gemäss Bundesrat umsetzen wollte, mit 24 zu 19 Stimmen ab.

Im Bereich der **Berufsbildung** schlug der Bundesrat eine Deckelung der Projektbeiträge des Bundes auf 50 Prozent sowie eine Kürzung im Finanzplan 2027-2029 um 10 Millionen Franken pro Jahr vor. Der Ständerat ist mit 41 zu 2 Stimmen der Mehrheit der FK-S gefolgt. Somit sollen die Projektbeiträge des Bundes wie vom

Bundesrat vorgeschlagen höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten decken und die Beiträge gekürzt werden. Allerdings kann der Bund in begründeten Ausnahmen Projektbeiträge bis zu 80 Prozent gewähren. Die kleine Kammer lehnte eine Minderheit, die gänzlich auf die Massnahme des Bundesrates verzichten wollte, mit 26 zu 17 Stimmen ab.

Bei der **Weiterbildung** sieht das EP²⁷ eine Streichung der Förderbeiträge des Bundes aus dem Weiterbildungsgesetz sowie aus dem Finanzplan vor. Die Mehrheit der FK-S beantragte einen Verzicht auf die Gesetzesänderung, unterstützte aber die Streichung der Förderbeiträge in den Jahren 2027 bis 2029. Der Ständerat unterstützte jedoch mit 27 zu 15 Stimmen eine Minderheit der FK-S, welche die Grundlage für die Förderbeiträge des Bundes im Weiterbildungsgesetz beibehält und die vom Bundesrat vorgeschlagene Kürzung von über 19 Millionen Franken pro Jahr auf 10 Millionen Franken reduziert. Im Gegenzug lehnte die kleine Kammer mit 23 zu 19 Stimmen eine weitere Minderheit ab, die gänzlich auf die Massnahme verzichten wollte. Der Antrag des Bundesrates wurde schliesslich mit 28 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Protokoll des Ständerates vom 17. Dezember 2025 (Teil 1) »

Protokoll des Ständerates vom 17. Dezember 2025 (Teil 2) »

Protokoll des Ständerates vom 18. Dezember 2025 »

Ein Budget im Einklang mit der BFI-Botschaft

Die eidgenössischen Räte haben im Rahmen der Wintersession auch den Voranschlag 2026 (25.041) verabschiedet. Im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) entsprechen die Entscheide der beiden Räte den Beschlüssen in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025-2028 (BFI-Botschaft 2025-2028).

Während der Ständerat die den BFI-Bereich betreffenden Budget-Positionen ohne Änderungen verabschiedet hat, beschäftigte sich der Nationalrat mit einer Reihe von Minderheitsanträgen aus seiner Finanzkommission (FK-N): Beim Finanzierungsbeitrag des Bundes für den ETH-Bereich ist die grosse Kammer der Mehrheit der FK-N gefolgt und hat einen Antrag für eine Kürzung um rund 28 Millionen Franken mit 123 zu 66 Stimmen verworfen. Beim Beitrag an die Unterbringung des ETH-Bereichs zog die Kommissionsminderheit ihren Kürzungsantrag zurück. Auch beim Finanzierungsbeitrag an Innosuisse hat der Nationalrat einen Minderheitsantrag für eine Kürzung um rund 14 Millionen Franken mit 126 zu 63 Stimmen abgelehnt. Zudem folgte die grosse Kammer bei der internationalen Zusammenarbeit in der Forschung der Mehrheit der FK-N und lehnte einen Kürzungsantrag mit 115 zu 73 Stimmen ab.

Darüber hinaus hat der Nationalrat Anträge einer Minderheit der FK-N zur Aufstockung der Kredite für die Pauschalbeiträge an die Kantone in der Berufsbildung, die projektgebundenen Beiträge an die Hochschulen sowie die Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung mit 124 zu 61 Stimmen bei vier

Enthaltungen abgelehnt.

Protokoll des Ständerates vom 2. Dezember 2025 »

Protokoll des Nationalrates vom 8. Dezember 2025 »

Praxisintegrierte Bachelorstudiengänge im HFKG verankert

Die Fachhochschulen erhalten eine gesetzliche Grundlage, um praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (PiBS) in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) anzubieten. Diese ermöglichen es Maturanden, durch die Integration eines Praxisanteils in einem Unternehmen ein vierjähriges Fachhochschulstudium zu absolvieren. Nach dem Nationalrat hat sich nun auch der Ständerat mit 29 zu 12 Stimmen für eine gesetzlichen Grundlage ([25.056](#)) für die PiBS im Hochschulförderungs- und –koordinationsgesetz (HFKG) ausgesprochen.

Eine Minderheit lehnte die gesetzliche Verankerung der PiBS ab, da diese die gymnasiale Maturität noch attraktiver machen würden. Zudem hat die kleine Kammer einen Minderheitsantrag ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) für die Streichung der regelmässigen Evaluation der Studiengänge mit 34 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Demgegenüber nahm der Ständerat mit 37 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung einen Antrag der Kommissionsmehrheit an, der eine Möglichkeit zur erneuten Verhandlung über die Ausgestaltung der PiBS bei «bildungspolitisch unerwünschten» Effekten fordert.

Dadurch schuf die kleine Kammer eine Differenz zum Nationalrat, welche die grosse Kammer sogleich beseitigte, indem sie den Antrag mit 100 zu 90 Stimmen annahm. Der Bundesrat hatte sich dabei für die Streichung des Absatzes eingesetzt. Beide Räte haben die Änderung des HFKG in den Schlussabstimmungen angenommen.

Protokoll des Ständerates vom 4. Dezember 2025 »

Protokoll des Nationalrates vom 10. Dezember 2025 »

Neue Titeltzusätze für die höhere Berufsbildung unter Dach und Fach

Nach dem Ständerat hat der Nationalrat mit 168 zu 24 Stimmen bei zwei Enthaltungen einer Änderung des Bundesgesetzes über die Berufsbildung ([25.046](#)) zugestimmt, die darauf abzielt, die Sichtbarkeit und das Ansehen der höheren Berufsbildung zu verbessern. Eine zentrale Massnahme ist die Einführung der Titeltzusätze «Professional Bachelor» und «Professional Master» für Abschlüsse der Tertiärstufe B. Für die Mehrheit der grossen Kammer erhöhen diese Titeltzusätze die Attraktivität der höheren Berufsbildung sowohl für die auszubildenden Personen als auch für die rekrutierenden

Unternehmen.

Die Titelergänzungen sollen unterstreichen, dass diese Ausbildung zur Tertiärstufe gehört. Dies in einem Kontext, in dem die Besonderheiten des dualen Schweizer Bildungssystems aus Sicht der vorberatenden Kommission international nicht ausreichend bekannt sind. Eine Minderheit sprach sich gegen die Einführung dieser der Hochschulwelt zugeordneten Titelergänzungen aus. Sie befürchtete, dass diese für mehr Verwirrung als für Klarheit sorgen und zu einer Akademisierung der Berufsbildung führen könnten.

Mit 105 zu 85 Stimmen bei vier Enthaltungen lehnte die grosse Kammer einen Minderheitsantrag aus der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) ab, der die Einführung einer spezifischen Bezeichnung «Professional Bachelor» plus Angabe der jeweiligen Fachrichtung forderte, wenn der Titel durch einen eidgenössisch anerkannten Bildungsgang an einer höheren Fachschule erworben wurde. Die Gesetzesänderung führt zudem mehrere unumstrittene Neuerungen ein: das Recht auf die Bezeichnung «Höhere Fachschule», die Einführung von Englisch als zusätzliche Prüfungssprache und die Flexibilisierung der Nachdiplomstudien. Beide Räte haben das Geschäft in den Schlussabstimmungen angenommen.

Protokoll des Nationalrates vom 2. Dezember 2025 »

Protokoll des Nationalrates vom 10. Dezember 2025 »

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMETARIERINNEN UND PARLAMETARIER ...



...im Ständerat die Motion «Besserer Schutz des geistigen Eigentums vor KI-Missbrauch» ([24.4596](#)) stillschweigend angenommen. Die Motion beauftragt den Bundesrat, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass journalistische Inhalte und sonstige vom Urheberrecht erfassten Werke und Leistungen bei der Nutzung durch Anbieter künstlicher Intelligenz (KI) umfassend Schutz erfahren. Zuletzt hatte der Nationalrat den Vorstoss abgeändert, um sicherzustellen, dass der Wirtschafts- und Innovationstandort Schweiz in Bezug auf die KI-Forschung, -Entwicklung und Kommerzialisierung im internationalen Wettbewerb nicht geschwächt oder benachteiligt wird.



...im Ständerat die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» ([25.026](#)) mit 29 zu 9 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen. Damit folgte er dem Nationalrat. Die Ratsmehrheit argumentierte, dass eine starre Grenze bei der Zuwanderung letztlich zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union führe und somit den bilateralen Weg und den Wohlstand der Schweiz ernsthaft gefährden würde. Ausserdem hat sich die kleine Kammer mit drei verschiedenen Gegenentwürfen beschäftigt, für welche sie mit 15 zu 29 Stimmen Nichteintreten beschloss. Damit ist das Geschäft im Parlament erledigt und die Volksinitiative bereit für die Abstimmung.



...im Ständerat die Motion «Stärkung des Produktions- und Forschungsstandorts Schweiz» ([25.4265](#)) mit 26 zu 15 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat wird damit beauftragt, steuerliche Massnahmen zur Unterstützung exportorientierter Unternehmen zu treffen. Diesbezüglich soll der Bundesrat insbesondere die Einführung zusätzlicher Steuerabzüge für Produktionskosten und die Schaffung neuer Steuergutschriften für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten prüfen.

STELLUNGSNAHMEN DES BUNDESRATES ZU VORSTÖSSEN



Stärkung des Produktions- und Forschungsstandorts Schweiz.

Motion (25.4265) von Ständerat Benjamin Mühlemann (FDP).
Der Bundesrat hat am 19. November 2025 die Ablehnung der Motion beantragt.



Austauschaktivitäten und Austauschprogramme für angehende und ausgebildete Lehrpersonen.

Interpellation (25.4330) von Nationalrätin Simona Brizzi (SP).
Der Bundesrat hat am 19. November 2025 darauf geantwortet.



Soziale Innovation und Soziales Unternehmertum in der BFI Botschaft 2029-2032 verankern.

Postulat (25.4329) von Nationalrat Eric Nussbaumer (SP).
Der Bundesrat hat am 19. November 2025 die Ablehnung des Postulats beantragt.



Stärkung der Schülerinnen- und Schüleraustausche.

Interpellation (25.4302) von Nationalrätin Florence Brenzikofer (GLP).

Der Bundesrat hat am 19. November 2025 darauf geantwortet.



Stärkung des Produktions- und Forschungsstandorts Schweiz.

Motion (25.4191) von Nationalrat Andri Silberschmidt (FDP).

Der Bundesrat hat am 19. November 2025 die Ablehnung der Motion beantragt.



Druckversuche auf Universitäten durch US-Regierung.

Interpellation (25.4232) von Nationalrätin Min Li Marti (SP).

Der Bundesrat hat am 19. November 2025 darauf geantwortet.



Sechs Wochen Ferien in der Lehre. Berufsbildung stärken.

Motion (25.4163) von Ständerätin Flavia Wasserfallen (SP).

Der Bundesrat hat am 19. November 2025 die Ablehnung der Motion beantragt.

Gleichlautende Motionen von Nationalrat Marc Jost (EVP), Nationalrätin Franziska Ryser (Grüne), Nationalrätin Fabienne Stämpfli (GLP) und Nationalrat Simon Stadler (Die Mitte).

Der Bundesrat hat am 19. November 2025 die Ablehnung der Motionen beantragt.



Welche Unterstützung erhalten unsere Start-ups?

Interpellation (25.4115) von Nationalrätin Jacqueline de Quattro (FDP).

Der Bundesrat hat am 19. November 2025 darauf geantwortet.



Potenzial für einen früheren Arbeitsmarkteintritt junger Menschen prüfen.

Postulat (25.4138) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).

Der Bundesrat hat am 12. November 2025 die Annahme des Postulats beantragt.



Fachkräftemangel in den Medizinalberufen. Nadelöhr Medizinalberufekommission gefährdet Gesundheitsversorgung.

Anfrage (25.1042) von Ständerätin Franziska Roth (SP).

Der Bundesrat hat am 19. November 2025 darauf geantwortet.



Öffentliche Aufträge des Bundes als Sprungbrett für Schweizer Start-ups?

Interpellation (25.4109) von Nationalrätin Estelle Revaz (SP).
Der Bundesrat hat am 12. November 2025 darauf geantwortet.



Aufnahme eines klaren Ziels für die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) und die Innosuisse hinsichtlich einer Unterstützung von Start-ups, um die Verankerung innovativer Unternehmen in der Schweiz zu stärken.

Interpellation (25.4106) von Nationalrätin Estelle Revaz (SP).
Der Bundesrat hat am 19. November 2025 darauf geantwortet.



Die Gründung und Verwaltung von Start-ups durch «once only» mit EasyGov vereinfachen.

Interpellation (25.4105) von Nationalrätin Estelle Revaz (SP).
Der Bundesrat hat am 19. November 2025 darauf geantwortet.



Erfüllt der Unterricht der zweiten Landessprache die Erwartungen?

Postulat (25.4079) von Nationalrätin Céline Weber (GLP).
Der Bundesrat hat am 5. November 2025 die Ablehnung des Postulats beantragt.



Untersuchung der Machbarkeit und der Auswirkungen einer Schweizer e-Residency zur Stärkung der Innovation und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Postulat (25.4066) von Nationalrätin Estelle Revaz (SP).
Der Bundesrat hat am 26. November 2025 die Ablehnung des Postulats beantragt.



Rüstungsinnovation fördern. Start-Ups Zugang zu Waffenplätzen ermöglichen.

Motion (25.4064) von Nationalrat Markus Schnyder (SVP).
Der Bundesrat hat am 26. November 2025 die Annahme der Motion beantragt.



Talentstrategie Schweiz. Momentum nutzen!

Postulat (25.4048) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Der Bundesrat hat am 19. November 2025 die Ablehnung des Postulats beantragt.



Überprüfung der Zusammenarbeit von ETH/EPFL mit israelischen Universitäten und der Rüstungsindustrien.

Postulat (25.4041) von Nationalrätin Anna Rosenwasser (SP).
Der Bundesrat hat am 19. November 2025 die Ablehnung des Postulats beantragt.



Unterricht der Landessprachen für den Zusammenhalt unseres Landes.

Motion (25.4017) von Ständerat Baptiste Hurni (SP).
Der Bundesrat hat am 5. November 2025 die Annahme der Motion beantragt.



Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften und Unterricht der Landessprachen.

Parlamentarische Initiative (25.466) von Nationalrat Damien Cottier (FDP).



Für gesunde Bundesfinanzen. Subventionsüberprüfung optimieren.

Motion (25.3984) von FDP-Liberale Fraktion (RL).
Der Bundesrat hat am 12. November 2025 die Ablehnung der Motion beantragt.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE



Förderung der Innovation im Bereich Sicherheit und Verteidigung durch armasuisse.

Motion (25.4639) von Ständerat Benedikt Würth (Mitte).
Eingereicht am 18. Dezember 2025.



Förderung der Innovation im Bereich Sicherheit und Verteidigung durch armasuisse.

Motion (25.4629) von Nationalrätin Isabelle Chappuis (Mitte).
Eingereicht am 18. Dezember 2025.



Vom Start-up zum Scale-up: eine strategische Rolle für die ETH.

Motion (25.4643) von Nationalrätin Estelle Revaz (SP).
Eingereicht am 18. Dezember 2025.



Einführung eines fakultativen Finanzreferendums auf Bundesebene.

Parlamentarische Initiative (25.488) von Nationalrat Martin Bäumle (GLP).
Eingereicht am 17. Dezember 2025.



Gleich lange Spiesse für Schweizer KMU in der Innovationsförderung.

Interpellation (25.4539) von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte).
Eingereicht am 16. Dezember 2025.



Finanzreferendum auch auf Bundesebene.

Motion (25.4517) von Nationalrat Rémy Wyssmann (SVP).
Eingereicht am 15. Dezember 2025.



Entlastungspaket 2029 jetzt aufgleisen.

Motion (25.4514) von FDP-Liberale Fraktion (RL).
Eingereicht am 15. Dezember 2025.



Übersicht über gewährte Nachteilsausgleiche bei Bildungsabschlüssen.

Postulat (25.4483) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP).
Eingereicht am 8. Dezember 2025.



Stärkung der Standortattraktivität der Schweiz für industrielle Investitionen.

Interpellation (25.4460) von Nationalrat Andri Silberschmidt (FDP).
Eingereicht am 4. Dezember 2025.



Verankerung des Themas kritische Rohstoffe in Politik, Wissenschaft und Ausbildung.

Interpellation (25.4420) von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte).
Eingereicht am 1. Dezember 2025.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? [abmelden](#)

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.

Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

23. Dezember 2025